

## Schweiz



In der Schweiz gibt es laut einer neuen Studie rund 34 500 Krippenplätze für Kinder bis 3 Jahre. Foto: Sophie Stieger

# Jedes vierte Kind hat einen Krippenplatz

Eine Nationalfondsstudie legt erstmals Zahlen zur familienexternen Kinderbetreuung vor. Horte förderten die Gleichstellung, sagt sie.

Von René Lenzin

Sollen Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, den gleichen Steuerabzug machen können wie Eltern, die ihre Kinder in einen Hort schicken? Diese Frage stellt die Familieninitiative der SVP, über die wir am 24. November abstimmen. Mitten in diese Diskussion fällt eine Nationalfondsstudie zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Das Beratungsbüro Infrans und die Universität St. Gallen legen darin erstmals gesamtschweizerische Zahlen zu diesem Thema vor.

In der Schweiz gibt es laut Studie rund 34 500 Krippenplätze für Kinder bis 3 Jahre, rund 69 000 Plätze für 4- bis 12-Jährige an Mittagstischen und rund 43 000 Plätze für die Nachmittagsbetreuung der gleichen Altersgruppe. Dazu kommen rund 9700 Tagesfamilien, die insgesamt

25 000 Kinder betreuen. Weil die meisten Eltern Krippen- und Hortplätze nicht jeden Tag in Anspruch nehmen, liegt die Zahl der betreuten Kinder deutlich höher als die Zahl der Plätze. Das Angebot reicht für 87 000 Kleinkinder (27 Prozent aller 0- bis 3-Jährigen), für 218 000 4- bis 12-Jährige am Mittagstisch (32 Prozent)

Die Nationalfondsstudie zum Download: [www.kinderbetreuung.tagesanzeiger.ch](http://www.kinderbetreuung.tagesanzeiger.ch)

und 142 000 4- bis 12-Jährige in der Nachmittagsbetreuung (21 Prozent).

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen sind beträchtlich. Am höchsten ist die Abdeckung mit Krippen- und Hortplätzen in der Romandie, in Basel und im Wirtschaftsraum Zürich-Zug, am tiefsten in den ländlichen Ge-

bieten der Zentral- und Ostschweiz. Wie gross die Differenzen zwischen Stadt und Land sind, zeigen Zürich und Bern. Auf Vollzeitplätze hochgerechnet, hat der Kanton Zürich einen Versorgungsgrad von 15 Prozent bei den Krippen und 13 Prozent bei den Tagesschulen. In der Stadt Zürich sind die Werte doppelt so hoch. Der Kanton Bern hat einen Versorgungsgrad von 9 Prozent bei den Krippen und 2 Prozent bei den Tagesschulen. In der Stadt Bern sind es jeweils viermal so viel.

**Mehr Vollzeit arbeitende Mütter**

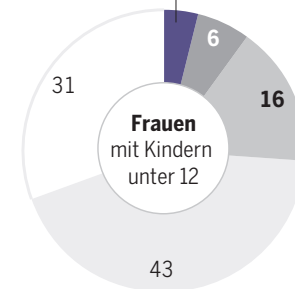
Ziel der Studie war es allerdings nicht primär, solche Zahlen zu erheben, sondern die Auswirkung der Fremdbetreuung auf die Gleichstellung der Geschlechter zu untersuchen. Wie verän-

## Erwerbstätigkeit bei unterschiedlichem Betreuungsangebot

Gemeinden mit niedrigem Betreuungsangebot\*

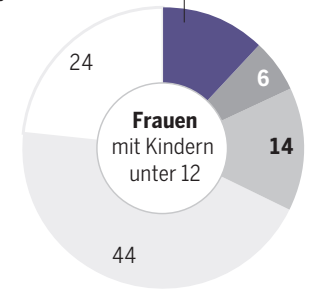
Teilzeitbeschäftigung:  
■ 26-36h/Woche ■ 20-27h/Woche □ >20h/Woche □ nicht berufstätig

Vollzeitbeschäftigung ca. 4%

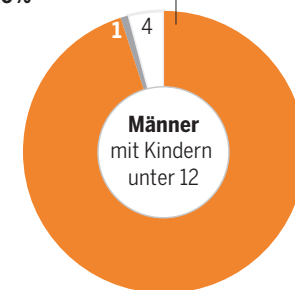


Gemeinden mit hohem Betreuungsangebot\*

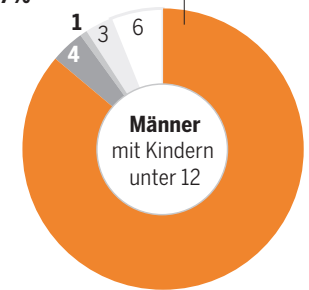
Vollzeitbeschäftigung ca. 12%



Vollzeitbeschäftigung unter 96%



Vollzeitbeschäftigung unter 87%



\*So verändert sich der Beschäftigungsgrad von Männern und Frauen in vergleichbaren Gemeinden, wenn das Betreuungsangebot von durchschnittlich drei auf durchschnittlich elf Prozent ausgebaut wird. TA-Grafik / Quelle: Infrans, Universität St. Gallen

## Jacqueline Fehr irritiert mit ihrem Rücktritt vom Rücktritt

SP-Politikerin Jacqueline Fehr will länger in der Politik bleiben, als angekündigt. Die Partei unterstützt sie dabei.

Von Felix Schindler und Edgar Schuler  
Es war eine Überraschung, als die SP-Nationalrätin im Februar 2012 in der «Sonntagszeitung» sagte: «In vier Jahren höre ich auf. Das ist meine letzte Legislatur.» Nicht geringer ist die Überraschung jetzt: Die 51-jährige Winterthurerin hat im «SonntagsBlick» angekündigt, sie wolle «politisch aktiv bleiben». Es würde ihr ge-



Jacqueline Fehr.

tiv ungefährdet auf ihren Sitzen. Es ist aber denkbar, dass sie 2015 nicht zur Wiederwahl antreten werden. Im Zürcher Regierungsrat, dessen Wahl im selben Jahr ansteht, ist noch nicht klar, ob die SP einen ihrer beiden Sitze neu besetzen muss.

«Könnt ihr dagegenheben?»

Dass der Rücktritt vom Rücktritt negativ wahrgenommen wird, als es der SP des Kantons Zürich lieb ist, zeigt ein E-Mail des Parteisekretärs Martin Alder. Er rief Mitglieder gestern dazu auf, für Fehr in der Kommentarspalte von Tagesanzeiger.ch Stimmung zu machen: «Der Tagi-Artikel führte zu vielen negativen Kommentaren. Könntet ihr dagegenheben?» Tatsächlich mehrten sich danach positive Kommentare. Laut Fehr ist das Alltag, nicht nur in der SP: «Es gehört zum professionellen Parteimanagement, die Teilnahme an diesen Debatten aktiv zu bearbeiten. Die Kommentarfunktionen werden weltweit von Interessengruppen gesteuert. Wir gehen davon aus, dass dies der Lesercommunity bewusst ist.»

Fehr wird Ende der Legislatur 17 Jahre im Amt sein und läuft Gefahr, als Sesselkleeberin tituliert zu werden. In jenem Interview, in dem sie ihren Rücktritt angekündigt hatte, sagte sie, man müsse «auch mal wieder gehen und anderen Platz machen». Der Präsident der SP des Kantons Zürich, Daniel Frei, äusserte sich gestern diplomatisch: «Dass Jacqueline Fehr politisch aktiv bleibt, begrüße ich sehr. Aber ob es in einem anderen Amt sein soll, würde ich offenlassen.»

## Starke Zunahme des Kriminaltourismus

Schweizer Richter haben letztes Jahr 105 678 Urteile gesprochen. Das entspricht einem neuen Höchstwert.

Verantwortlich für den Anstieg war laut dem Bundesamt für Statistik (BFS) primär der Kriminaltourismus. 7728 oder 41,5 Prozent der 18 619 Verurteilten, die wegen Vermögensdelikten vor Gericht standen, hatten keinen festen Wohnsitz in der Schweiz. Im Vorjahr zählte man 5245 solcher Täter. Auch beim Drogenhandel machen Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis und Niederlassungsbewilligung einen grossen Teil der Verurteilten aus: 2012 hatten 2614 Verurteilte keinen Wohnsitz in der Schweiz, was 44,7 Prozent entspricht. Ein Jahr zuvor waren 1851 verurteilte Drogenhändler Kriminaltouristen.

**Mehr unbedingte Freiheitsstrafen**

2012 verzeichnete das BFS bei allen Gesetzen mehr Verurteilungen. Verhältnismässig gering war einzig das Wachstum bei den Urteilen wegen Verkehrsdelikten. Diese stiegen «nur» um 3,7 Prozent an, machen aber seit Jahren rund die Hälfte aller Urteile aus. Eine deutliche Veränderung gab es bei den verhängten Sanktionen: Die Richter setzten vermehrt auf kurze, unbedingte Freiheitsstrafen von bis zu einem Monat. 2012 wurden in 1427 Fällen solche Strafen ausgesprochen, was einem Anstieg von 69,7 Prozent entspricht. Auch die Zahl der längeren, unbedingten Freiheitsstrafen stieg um 36,5 Prozent deutlich an. Am häufigsten wird aber nach wie vor die Geldstrafe verhängt. Letztes Jahr war das bei 85,6 Prozent aller Urteile der Fall.

dert sich die Beschäftigungsquote von Männern und Frauen, wenn das Betreuungsangebot ausgebaut wird?, lautete die Hauptfrage. Und die Antwort ist klar: Erhöht eine Gemeinde den Versorgungsgrad von 3 auf 11 Prozent, steigt der Anteil der Mütter, die Vollzeit arbeiten, von 4 auf 12 Prozent. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Vollzeit angestellten Väter von 96 auf 87 Prozent (siehe Grafik). «Familienergänzende Kinderbetreuung fördert die Gleichstellung von Vätern und Müttern am Arbeitsmarkt», heisst daher das Fazit der Studie.

Um nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen, mussten die sechs Forscherinnen und Forscher kulturelle, politische und wirtschaftliche Unterschiede aus dem Vergleich eliminieren. Dies erreichten sie, indem sie kantonsübergreifende

lokale Arbeitsmärkte definierten, die zwar unterschiedliche Gesetze zur Fremdbetreuung, aber eine ähnliche Bevölkerungsstruktur aufweisen. Solche Gebiete fanden sich im Grenzgebiet Bern-Luzern sowie in Zürich und den angrenzenden Kantonen Aargau, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau. In diesen Gebieten leben 20 Prozent der Gesamtschweizer und 30 Prozent der Deutschschweizer Bevölkerung.

Aufgrund kantonaler Unterschiede und fehlender Angaben vieler Gemeinden weist die Studie einige Datenlücken auf. So dürfte das Betreuungsangebot einiger Kantone höher sein als in der Studie ausgewiesen. Nicht systematisch erfassen lassen sich laut Studie zudem Betreuungsleistungen durch Verwandte, Nachbarn oder Spielgruppen.

## Nachrichten

Familienpolitik

### Verzögerte Einführung des gemeinsamen Sorgerechts

Die Einführung des gemeinsamen Sorgerechts als Regel könnte sich verzögern: Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden der Kantone fordern mehr Zeit für die Vorbereitung. In einem Brief an Justizministerin Sommaruga verlangen sie, das neue Sorgerecht statt 2014 erst 2015 in Kraft zu setzen. (SDA)

Güterverkehr

### Versorgung des Landes könnte gefährdet werden

In Schiene und Strasse sollen in den nächsten Jahren Milliarden investiert werden, das Geld kommt aber nicht primär dem Güterverkehr zugute. Nun schlagen Kantone und die verladende Wirtschaft Alarm: Ohne Gegenmassnahmen drohen Engpässe, die die Landesversorgung gefährden könnten. (SDA)

Pazifikreise

### Burkhalter will stärker mit Australien kooperieren

Zum Abschluss seiner Pazifikreise ist Bundesrat Didier Burkhalter in Canberra von der australischen Aussenministerin Julie Bishop empfangen worden. Beide unterzeichneten eine Absichtserklärung für eine verstärkte Kooperation. (SDA)

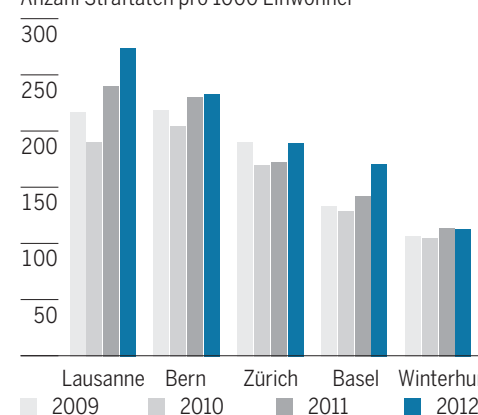
## Korrekt

**Verzögerung, nicht Sistierung.**

In der Grafik zum Artikel «Bund prüft Hilfe für Grosswasserkraft» (TA vom Samstag) wird das Projekt am Lago Bianco als sistiert bezeichnet. Der Stromkonzern Repower legt Wert auf die Feststellung, dass sich das Projekt zwar verzögert, es jedoch nicht sistiert ist. (TA)

## Straftaten in Schweizer Städten

Anzahl Straftaten pro 1000 Einwohner



TA-Grafik / Quelle: BFS